

# «Wir müssen den Beitritt für uns selbst durchdenken»

Erbprinz Alois zu den Folgen der Schweizer Volksabstimmung zu Schengen/Dublin

**«Ein Ja der Schweiz bedeutet, dass wir voraussichtlich in den nächsten Monaten formelle Verhandlungen mit der EU aufnehmen werden», sagt Erbprinz Alois im «Vaterland»-Interview.**

Von Günther Fritz

Aus liechtensteinischer Sicht sei aber auch die Schweizer Volksabstimmung im Herbst über die Personenfreizügigkeit von Bedeutung. «Sollte die Personenfreizügigkeit von der Schweiz abgelehnt werden, könnte die Situation entstehen, dass im Gegenzug die EU die Schengen/Dublin-Mitgliedschaft der Schweiz ablehnt. Dies dürfte wiederum Auswirkungen auf die liechtensteinischen Beitrittsbemühungen haben», erklärt Erbprinz Alois im Gespräch mit dem «Liechtensteiner Vaterland». In diesem Interview geht es um die Folgen der morgen, Sonntag, stattfindenden schweizerischen Volksabstimmung zu den Abkommen Schengen und Dublin für Liechtenstein.

## **Bankgeheimnis im Fokus**

Auf die Frage, wie gross er das Interesse auf Seiten der EU einschätze, dass Liechtenstein im Gleichschritt mit der Schweiz in den Schengenraum marschiert, führt Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein aus: «Grundsätzlich würde ein Gleichschritt für die EU einiges erleichtern. Aber wir müssen den Beitritt für uns selbst durchdenken. Die Frage, ob ein solcher Beitritt für unser Land unter dem Strich gesehen sinnvoll ist, hängt natürlich entscheidend vom Ergebnis unserer Verhandlungen ab.»

Zu den innenpolitischen Diskussionen zu einem Schengen-Beitritt Liechtensteins nach einem allfälligen Ja des Schweizer Volkes sagt Erbprinz Alois, dass voraussichtlich auch in Liechtenstein gewisse sicherheitspolitische Aspekte eine Rolle spielen würden. Noch mehr im Vordergrund würden aber die Diskussionen um die Aufrechterhaltung des Bankgeheimnisses stehen. «Denn hier haben wir einen stärkeren Schutz als die Schweiz und damit eine andere Ausgangslage, mit der dann ein Verhandlungsergebnis verglichen wird», erklärt Erbprinz Alois.

Liechtenstein wolle niemanden schützen, der mit krimineller Energie das Bankgeheimnis missbraucht. «Aber um die heute leider oft bedrohte Privatsphäre genügend zu sichern, halte ich grundsätzlich ein Bankgeheimnis in Steuerfragen für notwendig», unterstreicht der Stellvertreter des Landesfürsten. Das Bankgeheimnis sei auch für den Finanzplatz weiterhin wichtig. «Wenn daher in den Verhandlungen dazu keine befriedigende Lösung gefunden werden kann, gehe ich davon aus, dass ein Schengen-Beitritt in einer Volksabstimmung abgelehnt würde», betont Erbprinz Alois.